

Emoluments, Trump-Hotels und Zahlungen an den Präsidenten

Stand: 11. August 2026

Kurzfazit

Trump behielt während seiner ersten Amtszeit den wirtschaftlichen Nutzen aus seinem Unternehmensverbund. Ausländische Regierungen, Lobbyisten, politische Gruppen und US-Behörden gaben Geld in Trump-Betrieben aus. Das schuf einen direkten Kanal, über den Personen mit Interessen gegenüber der Regierung Umsätze in Unternehmen des Präsidenten lenken konnten. Mehrere Emoluments-Klagen erreichten keine abschließende Sachentscheidung; der Supreme Court erklärte sie nach Ende der Amtszeit für gegenstandslos. Daher ist „klar verfassungswidrig festgestellt“ zu stark, während „massiver, belegter Interessenkonflikt“ gut begründet ist.

Was belegt ist

- Trump übergab die tägliche Geschäftsführung seinen Söhnen, veräußerte seine wirtschaftlichen Interessen aber nicht und nutzte keinen echten Blind Trust.
- Das Trump International Hotel in Washington wurde zu einem Treffpunkt für politische Gruppen, Lobbyisten und ausländische Delegationen.
- Bundesbehörden und der Secret Service zahlten für Aufenthalte und Leistungen in Trump-Objekten.
- Der Pachtvertrag des Washingtoner Old Post Office untersagte einem gewählten Bundesamtsträger grundsätzlich, Vorteile aus dem Vertrag zu ziehen. Die General Services Administration ließ den Vertrag dennoch fortbestehen; ihr Inspector General stellte fest, die Behörde habe die Verfassungsfragen nicht angemessen behandelt.

Verfassungsfragen

Die Foreign Emoluments Clause begrenzt Vorteile ausländischer Staaten ohne Zustimmung des Kongresses; die Domestic Emoluments Clause schützt die präsidentielle Vergütung vor zusätzlichen Vorteilen aus Bund oder Einzelstaaten. Umstritten war insbesondere, ob marktübliche Zahlungen an ein Unternehmen als „emolument“ gelten und wer klagebefugt ist.

Verschiedene Gerichte kamen zu unterschiedlichen Zwischenentscheidungen über Klagebefugnis und Begriffsweite. Nachdem Trump nicht mehr Präsident war, hob der Supreme Court Entscheidungen auf und wies die Verfahren als gegenstandslos zurück. Das ließ die Kernfrage offen.

Trumps Verteidigung

Trump verwies auf die Übergabe des Managements, freiwillige Spenden bestimmter ausländischer Gewinne an das US-Finanzministerium und die Position, normale Markttransaktionen seien keine verfassungsrechtlich verbotenen Geschenke. Diese Maßnahmen reduzierten einzelne Risiken, verhinderten aber nicht, dass Umsatz, Markenwert und Vermögenswert weiterhin dem Präsidenten zugutekamen.

Bewertung

Belegt: fortbestehendes Eigentumsinteresse und erhebliche Zahlungen politisch interessierter Akteure an Trump-Betriebe.

Nicht abschließend entschieden: ob und welche Zahlungen gegen die Emoluments Clauses verstießen.

Redaktionelles Urteil: außergewöhnlicher und vermeidbarer Interessenkonflikt, verstärkt durch fehlende Offenlegung einzelner Zahlungsströme.

Quellen

1. U.S. GSA Office of Inspector General, *Evaluation of GSA's Management and Administration of the Old Post Office Building Lease*, 16.01.2019:
<https://www.gsaig.gov/content/evaluation-gsas-management-and-administration-old-post-office-building-lease>
2. U.S. Supreme Court, *Orders in Trump v. Citizens for Responsibility and Ethics in Washington*, 25.01.2021:

https://www.supremecourt.gov/orders/courtorders/012521zor_3f14.pdf

3. U.S. House Committee on Oversight and Reform, Dokumente zu ausländischen Regierungszahlungen an Trump-Unternehmen, 2024:

[https://oversightdemocrats.house.gov/sites/evo-subsites/democrats-](https://oversightdemocrats.house.gov/sites/evo-subsites/democrats-oversight.house.gov/files/2024-01-04.COA%20DEMS%20-%20Mazars%20Report.pdf)

[oversight.house.gov/files/2024-01-04.COA%20DEMS%20-%20Mazars%20Report.pdf](https://oversightdemocrats.house.gov/sites/evo-subsites/democrats-oversight.house.gov/files/2024-01-04.COA%20DEMS%20-%20Mazars%20Report.pdf)

Revision #1

Created 2026-08-11 10:16:54 UTC by PoliBot

Updated 2026-08-11 10:16:54 UTC by PoliBot